

# Die „Wende“ 1982: Bruch der Koalition und Regierungsbildung\*

Wolfgang Jäger

Die „Wende“ des Jahres 1982 wird auch fast 30 Jahre danach immer noch gerne als das Werk einzelner Persönlichkeiten gesehen, meist unter moralischen Gesichtspunkten wie der Kategorie des Verrats. Sinnvoller ist es, zu trennen zwischen dem Handeln Einzelner und der Analyse struktureller Entwicklungen.<sup>1</sup>

Am Anfang steht der Anachronismus der Bundestagswahl 1980. Sie war eine Entscheidung für Helmut Schmidt und gegen Franz-Josef Strauß. Das Ergebnis entsprach nicht den politischen Tiefenströmungen in der Bevölkerung; vor allem kamen die zu einer kräftigen Minderheit angeschwollene Protestbewegung und die von ihr angestimmten Zukunftsthemen nicht zum Ausdruck. Die Grünen erhielten nur 1,5 %, wiesen in Umfragen jedoch ein Potential von 15 % aus. Das Parteiensystem und die Koalition gingen aus dieser Wahl nur scheinbar stabilisiert hervor. Besonders pikant und für das zukünftige Verhalten der FDP geradezu belastend war deren erfolgreicher Appell, Helmut Schmidt gegenüber seiner Partei durch die Stärkung der Liberalen zu unterstützen.<sup>2</sup>

Auch die Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung signalisierten weder eine legitimatorische Erneuerung der sozial-liberalen Regierung noch Inhalte für die Zukunftsgestaltung. In der Außen- und Sicherheitspolitik einigte man sich problemlos; in der Bewältigung des Konjunkturreinbruchs ta-

---

\* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 24. November 2011 im Bundesrat in Bonn.

1 Grundlegende Literatur (Auswahl): Wolfgang Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982, in: Wolfgang Jäger/Werner Link (Hg.): Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 5/2). Stuttgart u. a. 1987, S. 9–272; Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989. Stuttgart 1998; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, München 2000; Joachim Piehl: Machtwechsel 1982. Handlungsbedingungen und Regierungstätigkeit in zentralen Politikfeldern in der Ära der sozial-liberalen Koalition, Frankfurt u. a. 2002; Andreas Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990. München 2004; Kay Zierold: Der Bruch der sozial-liberalen Koalition. Eine Analyse des Zerfallprozesses anhand des „multi-dimensional-framework“ von Geoffrey Pridham, Herbolzheim 2004; Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium 1982–1990. München 2006; Hartmut Soell: Helmut Schmidt. 1969 bis heute. Macht und Verantwortung. Stuttgart 2008; Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982. Bonn 2011. Siehe auch Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995; Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. München 2004, S. 618ff.; Ders.: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 17ff.

2 Vgl. Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition, S. 172 f.

ten sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen auf, die man durch mühsame Kompromisse zu überbrücken suchte.<sup>3</sup> Der Sozialdemokrat Erhard Eppler drückte die Stimmung seiner Partei aus, als er kurze Zeit später schrieb: „Noch nie hat sich nach einer Regierungserklärung – nicht einmal nach der Ludwig Erhards im Herbst 1965 – eine solche Atmosphäre geistiger Öde verbreitet, wie nach der Regierungserklärung vom 24. November 1980.“<sup>4</sup>

Die Zwei-Jahres-Phase zwischen der Bundestagswahl und der „Wende“ war eine Zeit der strukturellen Widersprüche. Zusätzlich zum Anachronismus der Bundestagswahl sind fünf weitere Widersprüche auszumachen:

Erstens: Die Distanz zwischen den Koalitionsfraktionen wuchs als Folge der Bundestagswahl: In der SPD wurde die Linke und in der FDP die Rechte gestärkt.<sup>5</sup>

Zweitens: Die sachpolitische Distanz zwischen dem Bundeskanzler und seiner Fraktion bzw. Partei wurde ebenfalls größer, nicht nur weil Helmut Schmidt den Schulterchluss mit den Liberalen suchte, sondern aus eigener Überzeugung. Bezeichnend war Schmidts Geständnis, dass er in den Koalitionsverhandlungen wahrscheinlich noch für mehr „Grausamkeiten“ eintreten würde, wenn er Finanzminister wäre.<sup>6</sup>

Drittens: Paradox war die politische Position der außerparlamentarischen Opposition, die sich in der Antiatomkraftbewegung und besonders in der Friedensbewegung artikuliert. Sie stand nämlich inhaltlich der Regierungskoalition näher als der Opposition, zumindest jenen Teilen der Regierungsparteien, die den NATO-Doppelbeschluss kritisch beurteilten.<sup>7</sup>

Viertens: Beide Regierungsparteien waren in der Sicherheitspolitik gespalten. Weder Bundeskanzler Schmidt noch Außenminister Genscher konnten sich auf ihre Bataillone voll verlassen. Die Koalition litt nicht nur an den Spannungen zwischen den Koalitionsparteien, sondern auch an deren innerparteilichen Zerreißproben.<sup>8</sup>

Fünftens: Eine deutliche atmosphärische Störung zwischen den Koalitionsparteien verursachte 1981/82 das zweimalige Scheitern einer Amnestie von Politikern aller Bundestagsparteien, die sich wegen Steuerhinterziehung bei der Parteienfinanzierung straffällig gemacht haben sollten. Die Staatsanwaltschaften ermittelten gegen zahlreiche Politiker, der prominenteste war Otto Graf Lambsdorff. Sogar um den Verdacht der Bestechung und Bestechlichkeit ging es im Hinblick auf eine Steuerbefreiung des Flick-Konzerns. Die Spitzen

3 Vgl. ebd., S. 188f.

4 Erhard Eppler: Wege aus der Gefahr. Hamburg 1981, S. 12.

5 Vgl. Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition, S. 191.

6 So Helmut Schmidt gegenüber der SPD-Fraktion am 31.10.1982, vgl. ebd., S. 192.

7 Vgl. ebd., S. 201.

8 Vgl. ebd., S. 204ff.

der vier Bundestagsparteien (allerdings ohne Helmut Schmidt) hatten sich im zweiten Anlauf wieder auf ein Amnestiegesetz geeinigt, als SPD-Justizminister Jürgen Schmude sein Veto einlegte.<sup>9</sup>

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklungen war spätestens im Jahr 1981 allen Beobachtern klar, dass die Parteienlandschaft sich gründlich geändert hatte. Da die Koalition nicht nur am linken, sondern auch am rechten Rand immer mehr Anhänger verlor, war vorausschauend für die Bundestagswahl 1984 nicht mehr mit einer sozial-liberalen Mehrheit von SPD und FDP zu rechnen. Es drohte sogar die absolute Mehrheit der Unionsparteien. Diese Einsicht musste Folgen zeitigen. Die Führer der Koalitionsparteien begannen, über das Jahr 1984 hinauszudenken. Für die SPD bedeutete dies, sich auf die Opposition einzurichten und die Zeit nach Helmut Schmidt ins Auge zu fassen, zumal der Kanzler immer wieder durchscheinen ließ, dass er über 1984 hinaus nicht amtierem wolle. Auch Schmidts wiederholte Rücktrittsdrohungen im Jahr 1981 für den Fall, dass die Partei ihn in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses fallenlassen würde, waren Signale der Agonie seiner Amtszeit. Schließlich mussten auch die schwere Krankheit und die Herzschrittmacher-Operation im Herbst 1981 in diesem Sinne interpretiert werden, auch wenn der Kanzler sich im Jahr darauf wieder im Vollbesitz seiner Kräfte fühlen durfte.<sup>10</sup>

Dennoch: Helmut Schmidt tat alles, um der FDP keinen Anlass zum Ausstieg zu geben. Bei den Liberalen hingegen schälte sich ein Jahr nach der Bundestagswahl der Koalitionswechsel als existentielles Interesse heraus, das aktiv zu verfolgen war. Die FDP-Führung wollte auf keinen Fall nach 1984 die Oppositionsbank drücken. Die Erfahrung der Großen Koalition hatte bei den Liberalen traumatische Spuren hinterlassen. Die Landtagswahlen beschworen sehr konkret die Gefahr und die Wege des Machtverlustes: im Mai 1981 in Berlin durch den Verlust der sozial-liberalen Mehrheit, im März 1982 in Niedersachsen durch die absolute Mehrheit der CDU und schließlich im Juni 1982 in Hamburg gar durch erste Indizien einer möglichen rot-grünen Mehrheit. Die FDP drohte zur Bedeutungslosigkeit abzusinken, wenn sie nicht Zünglein an der Waage blieb – jetzt in einer neuen Koalition mit der Union, deren absolute Mehrheit es zu verhindern galt.<sup>11</sup>

Aber wie sollte der Wechsel in Bonn herbeigeführt werden? Gerade die Berliner Ereignisse hatten gezeigt, wie schwierig der Parteibasis eine „Wende“ zu vermitteln war. Die Berliner Partei wäre daran fast zerbrochen. Auch sachpolitisch waren enge Grenzen gesetzt. Der NATO-Doppelbeschluss kam als Rubikon der Koalition nicht in Frage, da er sogar in den Reihen der FDP umstritten war. Immerhin musste auch Genscher auf dem Kölner Parteitag im Mai 1981

---

9 Vgl. ebd., S. 227–231.

10 Vgl. ebd., S. 244.

11 Vgl. ebd., S. 232.

seinen Rücktritt androhen, um den Beschluss innerparteilich durchzusetzen. Ein geschlossenes Bild bot die Partei allein in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hier war auch die Übereinstimmung mit der Union am größten – was umso stärker ins Gewicht fiel, als die CDU auf ihrem Hamburger Parteitag im November 1981 mit einer klaren positiven Aussage zur Ostpolitik ihrerseits den Weg zu einem Bündnis mit den Liberalen geebnet hatte.<sup>12</sup>

Die FDP-Führung musste auf Zeit spielen. Zum einen galt es, das schwerfällige Parteigefolge zum Umdenken zu bewegen – nicht zuletzt durch Mitglieberschübe aus dem gewerblichen Mittelstand. Zum anderen sollte eine glasklare Finanzpolitik mit angebotspolitischen Akzenten die Konfliktlinien in der Koalition aufzeigen und das Profil der FDP in der Öffentlichkeit schärfen. Bis zur Hamburg-Wahl am 6. Juni 1982 blieben die koalitionspolitischen Überlegungen in der FDP-Führung noch wenig konkret. Die Zeitperspektive reichte bis 1984, frühestens bis zur Hessen-Wahl im September 1982. Vieles deutet darauf hin, dass man erst einmal abwarten wollte und in der Hessen-Wahl die eigentliche Bewährungsprobe der Bonner Koalition sah, über die dann der anschließende FDP-Bundesparteitag im November entscheiden konnte.

Der abwartenden Haltung entsprach das Taktieren der Liberalen in zahlreichen schwierigen Haushaltsverhandlungen, die das Stopfen immer neuer Löcher im Haushalt erforderten. Die FDP-Führung verhandelte hart, suchte aber nicht den Bruch der Koalition. Ohnehin kamen der FDP-Wirtschaftsminister und der SPD-Finanzminister ganz gut überein. Und der Kanzler hatte ebenfalls sachpolitisch keine großen Schwierigkeiten mit dem Koalitionspartner. Auf die Ergänzungsabgabe – das Tabu der FDP-Fraktion – verzichtete er rasch, hielt er sie doch nur aus Erwägungen der Gerechtigkeit, aber nicht aus konjunkturpolitischen Gründen für sinnvoll. Schwierigkeiten hatte Helmut Schmidt nicht mit der FDP, wohl aber mit seiner eigenen Fraktion, die er mühsam bei Laune halten musste. Auch die Vertrauensfrage des Kanzlers, über die der Bundestag am 5. Februar 1982 abstimmte, richtete sich in erster Linie an seine eigene Partei, nicht zuletzt in Sachen NATO-Doppelbeschluss, obgleich die beschäftigungspolitischen Koalitionsverhandlungen über eine „Gemeinschaftsinitiative“ den Anlass boten.

Erst durch das Ergebnis der Hamburg-Wahl sah sich die FDP-Spitze veranlasst, ihre Ausstiegsabsichten zu konkretisieren. Die Entscheidung fiel in Hessen. Statt dort nun die sozial-liberale Koalition auf die Probe zu stellen, wollte man lieber die sichere Niederlage vermeiden und gleich die „neue Koalition“ von CDU und FDP auf ihre Mehrheitsfähigkeit testen. Am 17. Juni beschloss der hessische Landesparteitag der FDP eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU.<sup>13</sup>

---

12 Vgl. ebd., S. 233.

13 Vgl. ebd., S. 236f.

Der hessische Landtagswahlkampf läutete der Bonner Koalition die Totenglocke. FDP und SPD bekämpften einander mit Bonner Themen. Im Mittelpunkt stand jenes Thema, das allein für die FDP den Ausstieg begründen konnte: die Finanzpolitik. In den Tagen nach der hessischen Koalitionsaussage musste die Bundesregierung nämlich die Eckdaten für den Haushalt 1983 festlegen. Ein neues Haushaltsloch von 18 Milliarden DM war zu stopfen. In zähen Verhandlungen einigten sich die Koalitionspartner bis Ende Juni über Streichungs- und Finanzierungsmaßnahmen. Die Regierung war noch immer konsensfähig. Schwieriger war die Zustimmung der Fraktionen zum Kompromisspaket zu gewinnen. Vor allem die SPD-Fraktion zögerte, präsentierte sich der Haushaltskompromiss doch einmal mehr als Kind eher liberalen denn sozialdemokratischen Geistes. Der Kanzler, der die Koalitionsentscheidung nicht als Zugeständnis an die FDP, sondern sachlich als die einzig gebotene darstellte, musste abermals viel Kraft aufwenden, um die sozialdemokratischen Abgeordneten zu überzeugen. Für die SPD-Fraktion war mit den „Eckwerten 1983“ die Grenze des Zumutbaren erreicht. Für andere Sozialdemokraten, insbesondere für die Gewerkschaften des DGB – bislang die Hausmacht des Kanzlers –, war sie bereits überschritten. Und damit ging die Rechnung der wechselwilligen Liberalen auf.<sup>14</sup>

Die Strategie der FDP orientierte sich am Modell des Jahres 1966, an der Art, wie Ludwig Erhard gestürzt wurde. Danach durfte nicht die FDP selbst über sachpolitische Verhandlungen mit dem Kanzler den Koalitionsbruch provozieren, sondern der mit der FDP handelseinige Kanzler musste von seiner Partei fallengelassen werden. Im Juli 1982 wies alles auf die Wiederholung des Rollenspiels von 1966 hin – mit unterschiedlicher Besetzung: Die SPD und ihre Hilfstruppen würden den Königsmord besorgen. Schmidts treueste Bundesgenossen, die Gewerkschaften, bliesen zum Aufstand. Der DGB zeigte sich entschlossen, den Haushaltskompromiss zu kippen. Vor allem die geplante Eigenbeteiligung bei Krankenhauskosten und Kuren hatte für die Gewerkschaftsführer hohen symbolischen Wert und wurde als „Einstieg in eine qualitative ‚Wende‘ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ empfunden – so Ernst Breit nach dem Regierungswechsel.<sup>15</sup> Auf keinen Fall wollte man dies hinnehmen. Die Gewerkschaften kündigten einen „heißen“ Herbst<sup>16</sup> und einen „tiefen

14 Vgl. ebd., S. 237ff.

15 Ernst Breit: „Mitbestimmungsinitiative: Abbau der Arbeitslosigkeit – Demokratisierung der Wirtschaft“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 33 (1982), S. 593–602, hier S. 593.

16 So auch das Titelblatt des „Spiegel“ in Ausgabe 35 vom 29. August 1983. Der Begriff „heißer Herbst“ wurde sogar zum Wort des Jahres 1983 gewählt, vgl. Jochen A. Bär: Von „aufmüpfig“ bis „Teuro“. Die „Wörter der Jahre“ 1971–2002. Mannheim u. a. 2002, S. 166.

Bruch<sup>17</sup> zwischen SPD und Gewerkschaften an, wenn die „vom Bundeskabinett beschlossene Unsozialpolitik“<sup>18</sup> durchgesetzt würde. Sozialdemokratische Spitzenpolitiker zeigten Wirkung und ließen erkennen, dass für sie das letzte Wort über die Streichungen im Haushalt 1983 noch nicht gesprochen sei.<sup>19</sup>

Die Liberalen auf der anderen Seite schürten vor allem im hessischen Wahlkampf das Feuer, wenn sie – kaum waren die Eckwerte beschlossen – neue Milliardenlöcher im Haushalt voraussagten und weitere Streichungen im Sozialhaushalt forderten. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff nahm kein Blatt vor den Mund, aber auch der Parteivorsitzende Genscher bezog im Monat August in einer Deutlichkeit Position, die an den Absichten der FDP keinen Zweifel mehr ließ. Besondere Aufmerksamkeit erregten Genschers Sätze über eine „neue Mehrheit“ für die Sicherung von Arbeitsplätzen, der eine „neue Minderheit aus Sozialdemokraten und Grünen“<sup>20</sup> gegenüberstünde. Jeder wusste, dass Genscher zwar von Wiesbaden sprach, aber Bonn meinte.

Es war abzusehen, dass Bundeskanzler Schmidt für die Koalitionsverhandlungen über die Eckwerte des Haushalts 1983 in seiner eigenen Partei über den Sommer hinaus keine Mehrheit finden, geschweige denn zusätzliche Streichungen durchsetzen würde. Und ebenso klar war es, dass die FDP keinen Schritt zurückgehen wollte.

In dieser Situation rissen das SPD-Präsidium und der Bundeskanzler das Gesetz des Handelns an sich. Sie durchschauten das 1966-Kalkül der Liberalen und wussten zudem, dass diese kurz davorstanden, Helmut Schmidt mit Hilfe seiner eigenen Partei das Schicksal Ludwig Erhards erleiden zu sehen.

Am 30. August beschloss das Parteipräsidium die offizielle Neubestimmung des sozialdemokratischen Kurses. Die FDP sollte gezwungen werden, „Farbe zu bekennen“. Am Tag darauf sammelte der Kanzler die sozialdemokratischen Minister in seinem Bungalow und schwur sie auf die Linie des Parteipräsidiums ein.<sup>21</sup>

Schon in der nächsten Kabinettsitzung am 1. September suchte Schmidt die offene Konfrontation mit der Koalitionspartei. Als Opfer wählte er Lambsdorff aus. Der Bundeskanzler stellte den Wirtschaftsminister wegen seines Interviews in „Bild“ zur Rede, wo die hessische Wahl als Test für den Koalitionswechsel in Bonn präsentiert wurde. Der Kanzler erteilte dem Minister eine Rüge und ließ davon die Öffentlichkeit durch seinen Pressesprecher unterrich-

17 Karl-Heinz Janzen: „Das Maß an Zumutungen ist voll. Zu den Haushaltsbeschlüssen 1983“, in: *Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 774–777, hier S. 777.

18 Ebd., S. 775.

19 Vgl. Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition, S. 239f.

20 Zitiert nach Günter Bading: Genscher: Die SPD gibt absolut untaugliche Antworten, in: *Die Welt*, 16. August 1982 (Interview mit dem Hessischen Rundfunk August 1982).

21 Vgl. Klaus Bohnsack: Die Koalitionskrise 1981/1982 und der Regierungswechsel 1982, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14 (1983) 1, S. 5–32.

ten. Außerdem forderte er den Minister auf, seine wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen auszuarbeiten und ihm vorzulegen. Jetzt folgte Schlag auf Schlag. Meisterhaft inszenierte Schmidt den Schlussakt. Graf Lambsdorff spielte hervorragend die ihm zugedachte Rolle. Das von ihm am 9. September dem Kanzler überreichte und schon am Tag darauf in der „Zeit“ veröffentlichte Memorandum, das eine scharf konturierte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik forderte, konnte vom Kanzler als „Scheidungsbrief“ der FDP ausgelegt werden.<sup>22</sup>

Dem Kanzler gelang es nicht nur, der Öffentlichkeit das Lambsdorff-Papier als Zeugnis der sachpolitischen Koalitionsauflösung durch die FDP zu präsentieren, sondern darüber hinaus die Haltung des FDP-Vorsitzenden Genscher als schurkischen Verrat am Regierungschef darzustellen. Es war nur einleuchtend, dass Schmidt nun die FDP-Minister entlassen und in Neuwahlen das Volk als Richter anrufen würde. Als Genscher am 17. September der Entlassungsabsicht des Kanzlers zuvorkam und selbst seinen Rücktritt erklärte, unterstrich er noch Schmidts Verratsthese.<sup>23</sup>

Das dramatische Ende gibt jedoch keinen Aufschluss über die wirkliche Ursache des Koalitionsbruchs. Persönliche Schuldzuweisungen liefern nicht die Erklärung. Die Wahrheit ist, dass die sozial-liberale Parteienkoalition in der Wählerschaft ihre Mehrheit verloren hatte, da ihr die Lösung der akuten politischen Probleme nicht mehr zugetraut wurde. In weiser Voraussicht der nahenden Wahlniederlage zogen Politiker beider Koalitionsparteien frühzeitig ihre Konsequenzen. Im Schlussakt ging es nur noch um die öffentliche Darstellung des Ausstiegs. Zum einen warb man bereits wieder um den Wähler, zum anderen um das Urteil der Geschichte. Das sozial-liberale Schiff war längst gestrandet. Jetzt galt es, das Schiff zu verlassen, getreu dem Motto: „Rette sich, wer kann.“

Und CDU und CSU? Bislang war von der Union wenig die Rede. In der Tat, sie wartete ab, schaute dem Treiben der sozial-liberalen Koalitionsakteure zu und suchte, wo es ging, Gemeinsamkeiten mit den Liberalen aufzuzeigen. Programmatisch und organisatorisch hatten sich die Unionsparteien in den 70er Jahren modernisiert. Kanzlerkandidat für einen Regierungswechsel war jetzt unumstritten Helmut Kohl. Die Wahlniederlage 1980 hatte Kohls Hauptkritiker Franz-Josef Strauß zum Schweigen gebracht und Kohls Strategie einer Koalition mit der FDP bestätigt, obgleich Strauß natürlich für die nächste Wahl die absolute Mehrheit der Union erhoffte. Der CDU-Vorsitzende genoss eine unumstrittene Autorität wie nie zuvor; mit überwältigender Mehrheit wurde er im März 1981 auf dem Mannheimer Parteitag wiedergewählt.

---

22 Vgl. Jäger: Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition, S. 247ff.

23 Vgl. ebd., S. 251.

Vor allem gelang es Kohl, die Flügel der Union angesichts des ordnungspolitischen Streits innerhalb der Koalition ruhig zu halten. Bezeichnend sind seine Ausführungen in den beiden Fraktionssitzungen nach der Sommerpause 1982 über die Lage der Koalition. Er bat darum, auf keinen Fall das Lambsdorff-Papier zu diskutieren. „Da ist Vernünftiges und weniger Vernünftiges und ganz und gar Unvernünftiges miteinander vermischt. Es ist sicherlich kein Papier, das eine soziale Ausgewogenheit enthält“. Wenn die CDU-Vereinigungen nun deswegen „wild aufeinander einschlagen“, hätten „die“ ihren „Sinn und Zweck“ erreicht.<sup>24</sup> Ansonsten ging Kohl Anfang September noch davon aus, dass die Regierung erst nach der Hessenwahl (26. September) zerbrechen werde<sup>25</sup>; er sagte aber schon recht präzise das weitere Verfahren – das konstruktive Misstrauensvotum und die Wahl im März 1983 – voraus.

In einem abschließenden Abschnitt sollen drei bilanzierende Thesen, auch im Hinblick auf die folgende Entwicklung, formuliert werden.

Erstens: Anders als im Jahre 1980 spiegelte die Bundestagswahl 1983 die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Parteiensystem wider. Das Regierungslager und die Oppositionsparteien – darunter jetzt die Grünen – standen einander mit abgrenzbaren Positionen in den zentralen Fragen des politischen Streits gegenüber. Die Wahl hatte die politischen Kräfte gleichsam in zwei Teile auseinander gerüttelt. Genschers Prognose, „dass die Aufgaben, die in einer Demokratie gestellt sind, sich ihre eigenen Mehrheiten suchen“<sup>26</sup>, war, legitimiert vom Wähler, in Erfüllung gegangen.

Zweitens: Trotz des moralisch-ordnungspolitisch überhöhten Anspruchs einer „Wende“ ist die durch den Regierungswechsel eingeleitete Politik eher als Kontinuität denn als scharfer Bruch zu charakterisieren.<sup>27</sup> Die angebotsorientierten und monetaristischen Akzente, die Haushaltskonsolidierung und Sparmaßnahmen glichen zu keiner Zeit den radikal marktwirtschaftlich orientierten Vorstellungen einer Margaret Thatcher und eines Ronald Reagan. Claus Offe spricht von einer „sanften Konsolidierung des Sozialstaats“<sup>28</sup>; Andreas Rödder hält fest: „die 1982 angekündigte Rückführung staatlicher Aufgaben und Leistungen war ebenso wenig erfolgt wie wirtschaftspolitische Strukturanpassungen und eine langfristige Sicherung der Sicherungssysteme“.<sup>29</sup> Trotz einer günstigen Konjunktorentwicklung ging die Arbeitslosigkeit nicht substantiell zurück.

24 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn vom 14. September 1982, S. 4, in: ACDP 08-001-1068/1.

25 Protokoll der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn vom 7. September 1982, S. 9, ebd.

26 Zitiert nach Bading: Genscher.

27 Zur „Konstruktion der Wende“ siehe Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 49–59.

28 Zitiert nach Rödder: Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, S. 89.

29 Ebd., S. 93. Vgl. auch Wirsching: Abschied vom Provisorium, S. 27ff.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist die Kontinuität noch deutlicher zu erkennen.

Vielleicht kann man die These wagen, dass die Kohl-Genscher-Politik nach der „Wende“ in etwa jene Politik fortsetzte, die ein von den Fesseln seiner Partei befreiter Bundeskanzler Helmut Schmidt weitgehend praktiziert hätte – allerdings in anderem begrifflichen Gewande.

Mit dieser Interpretation sind wir – drittens – bei der wichtigsten These. Der überhöhte Begriff der „Wende“ weist darauf hin, dass wir es mit dem Anspruch der Union zu tun haben, eine Wende in der politischen Kultur zu bewirken, zugespitzt in der Forderung nach einer „geistig-moralischen Wende“. Dabei soll offen bleiben, ob die Kultur-Wende den Regierungswechsel erst ermöglichte oder der Regierungswechsel die Kultur-Wende förderte. Beides war wohl der Fall.

Das offizielle Dokument des Wende-Anspruchs ist die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1982.<sup>30</sup> Hier ist viel die Rede von der „Koalition der Mitte“, der Überwindung der „geistig-politischen Krise“, einer „neuen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“, von der Wiederbelebung der „Tugenden der Klugheit, des Mutes und des Maßes für die Zukunft unseres Landes“, einem „historischen Neuanfang“, einem neu zu ordnenden Staat, von weniger Staat und mehr Markt, weg von kollektiven Lasten hin zu persönlicher Leistung. Die Rede ist eine Philippika gegen die „Ideologen der Macher und Heilsbringer“, gegen eine auf Emanzipation und Staatsgläubigkeit setzende Philosophie der sozial-liberalen Politik.

Überaus deutlich wird der kulturell-ideologische Inhalt des Regierungswechsels in der „Wende“ der FDP, die in der politischen Auseinandersetzung und in den Geschichtsdarstellungen bis heute allzu sehr als Wende von Hans-Dietrich Genscher gedeutet wird. Die knappen Mehrheitsverhältnisse in den Spitzengremien der Partei zeugen davon, dass ein nicht kleiner Teil der Parteielite immer noch von der Ideologie des historischen Bündnisses von liberalem Bürgertum und Arbeiterbewegung geprägt war, mit der vor allem Werner Maihofer die Koalition mit der SPD 1969 theoretisch begründet hatte. Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher hatten diese Ideologie nie vertreten. In seinen Erinnerungen lehnt Genscher eine solche Überhöhung ab: „Koalitionen sind (...) Zweckgemeinschaften auf Zeit. Werden sie mehr, verliert mindestens ein Partner – bildlich gesprochen – seine Seele.“<sup>31</sup> Auf diesem Hintergrund war der Regierungswechsel der FDP 1982 schwieriger als gemeinhin dargestellt.

---

30 Helmut Kohl: Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung. Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 13. Oktober 1982, in: Bundeskanzler Helmut Kohl. Reden 1982–1984. Hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1984, S. 9–48. Zur Entstehung der Regierungserklärung siehe Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 87ff.

31 Genscher: Erinnerungen, S. 446.

Eine bis heute nicht ausreichend untersuchte Frage betrifft den Wandel der politischen Kultur in der Ära Brandt und Schmidt. Offensichtlich gab es eine Entwicklung zu einer stärker emanzipatorisch-partizipatorischen Kultur, aber auch die Renaissance gegenläufiger Kräfte. Letztlich ging es im Ringen um die kulturelle Hegemonie vor allem um das Ausmaß der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft sowie um das Verhältnis von Staat und Wirtschaft.<sup>32</sup> Das parlamentarische Regierungssystem des Grundgesetzes selbst – dies sei abschließend festgehalten – entwickelte sich in Richtung einer stärker plebisziären Ausgestaltung. Dies offenbart am besten der Streit über die Frage der Legalität oder Legitimität eines Regierungswechsels nach den Regeln des konstruktiven Misstrauensvotums. Anders als im Jahre 1966 wäre es 1982 undenkbar gewesen, einen Koalitionswechsel ohne plebisziäre Legitimation, also Neuwahlen, durchzuführen.

---

32 Zur zeitgeschichtlichen Einordnung der siebziger Jahre siehe: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte*. Göttingen 2008; Konrad Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen 2008; Andreas Wirsching: *The 1970s and 1980s as a Turning Point in European History?*, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011) 1, S. 8–26.